

**Wahl des Europäischen Parlamentes  
am 25. Mai 2014**

**Antworten der SPD  
zum Fragenkatalog des  
Deutschen Naturschutzring**

**Klima & Energie**

Wir SPD-Europaabgeordneten sind uns der Herausforderungen bewusst, die durch den globalen Klimawandel verursacht werden und setzen uns für umfangreiche Maßnahmen ein, um den Ausstoß von Treibhausgasen effizient und kostengünstig zu senken. Daher sprechen wir uns für eine ambitionierte, nachhaltige EU-weite Klimapolitik aus. Dazu gehören verbindliche Klimaziele für 2030, eine strukturelle Reform des Emissionshandels und EU-weit verbindliche Umweltstandards, ebenso wie ein internationales Klimaschutzrahmenabkommen im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns im Europäischen Parlament erfolgreich mit unserer Forderung nach drei verbindlichen Zielen (Reduktion der Treibhausgasemission, Steigerung der Energieeffizienz, Steigerung der Anteils der Erneuerbaren Energien) durchgesetzt.

- Wir sind der Meinung, dass die EU bis 2020 30% und bis 2030 mindestens 50 % weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen sollte als 1990, da bereits heute eine Reduktion von 18% erreicht wurde.
- Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Europa beschleunigen. Bis 2030 sollten in der EU 45% des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden.
- Die kostengünstigste Energie ist die, die nicht verbraucht wird. Daher setzen wir uns für die Steigerung der Energieeffizienz ein und fordern ein verbindliches Ziel von 40% bis 2030.

Der Emissionshandel ist für uns der entscheidende Steuerungsmechanismus im Kampf gegen den Klimawandel. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns erfolgreich für die Stabilisierung des europäischen Emissionshandels eingesetzt.

- Gegen konservativen Widerstand in Ministerrat und Europaparlament haben wir die temporäre Entnahme von 900 Millionen Emissionszertifikaten vom Markt erwirkt, um das System wieder auf den richtigen Kurs zu bringen.
- Für die kommende Periode fordern wir die zeitnahe Strukturreform des Emissionshandels, sowie die dauerhafte Entnahme überschüssiger Zertifikate zur Stabilisierung des CO<sub>2</sub>-Preises und damit des Emissionshandelssystems.

Die erhöhte Förderung einer nachhaltigen Industriepolitik leistet einen wesentlichen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel, stärkt unsere Wirtschaft nach der Krise und schafft neue Arbeitsplätze. Mit energieeffizienten und klimafreundlichen Technologien haben europäische Un-

ternehmen internationale Marktführerschaft erlangt. Deswegen wollen wir Forschung und Innovation in diesem Bereich vorantreiben.

## **Landwirtschaft**

### **1. Konzept der flächengebundene Landwirtschaft, Förderung heimischer Futtermittelpflanzen**

Die negativen Folgen der Einfuhr von Futtermitteln- vor allem von Soja - sind uns bekannt und bereiten uns große Sorgen. Wir Sozialdemokraten sind der Ansicht, dass die europäische Eiweißproduktion angekurbelt werden sollte, um unabhängiger von Sojaimporten aus Drittländern zu werden. Wir müssen mit einer verantwortungsbewussten Agrarpolitik dafür sorgen, dass die heimischen Märkte in anderen Ländern - vor allem ärmeren Ländern - nicht zerstört werden. Das Europäische Parlament hat in dieser Legislaturperiode einen Initiativbericht verabschiedet in dem die Kommission aufgefordert wird, bei der Vorlage der GAP Reformvorschläge dieses zu berücksichtigen und den Anbau von heimischen Eiweißpflanzen zu fördern. Leider ist dieser Vorschlag bei der Reform der GAP nicht berücksichtigt worden. Generell ist es wichtig, dass wir in diesem Bereich eine vermehrte Forschung benötigen, damit der Leguminosenanbau in Europa attraktiver wird.

Die SPD setzt sich auf bundespolitischer Ebene dafür ein, das Baugesetzbuch aus Bundesebene zu ändern, damit Kommunen die Intensität der Tierhaltung steuern können. Wir sehen in diesem Bereich durchaus Regelungsbedarf. Wichtig ist es, dass bei geplanten Stallneubauten die Bürger vor Ort miteinbezogen werden. Als Sozialdemokraten machen wir uns für eine nachhaltige, multifunktionale und flächendeckende Landwirtschaft stark. Wir setzen uns für eine tiergerechte Haltung ein und fordern schon seit längerer Zeit, dass bisher nicht erfasste landwirtschaftliche Nutztiere in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung aufgenommen werden. Unserer Ansicht nach muss die Tierhaltung an die Tiere angepasst werden, nicht umgekehrt.

### **2. Anspruchsvolleres Greening und Erhöhung ökologische Vorrangflächen auf 7%**

Bei der Halbzeitbewertung der GAP werden wir uns in jedem Fall für eine anspruchsvollere Ökologisierung der Direktzahlungen (Greening) stark machen. 7% haben wir von Anfang an als Minimum für die ökologischen Vorrangflächen angesehen und wollten hier ursprünglich einen höheren Wert durchsetzen, dies ist leider durch die konservativ-liberale Mehrheit im Parlament verhindert worden. Zur Halbzeitbewertung werden wir daher in jedem Fall die 7% einfordern. Wir haben begrüßt, dass durch die GAP Reform ab 2015 30% der Direktzahlungen an Umweltleistungen (Greening) geknüpft sind. Allerdings hat eine Mehrheit aus konservativen und liberalen Abgeordneten diese Vorschläge abgelehnt und anstatt die ursprünglich guten Vorschläge der Kommission aufzugreifen und zu verbessern, diese so stark abgeschwächt, dass das 'Greening' der Direktzahlungen zu einem reinen 'Greenwashing' geworden ist. Lediglich 5% ihrer landwirtschaftlichen Nutzfläche müssen Betriebe über 15ha als ökologische Vorrangfläche bereitstellen. Zudem gibt es zahlreiche Ausnahmen und Sonderregelungen, die Betriebe von den Umweltauflagen befreien. Dies ist nicht in unserem Sinne. Ursprünglich sollten nach dem Vorschlag der Kommission 7% der landwirtschaftlichen Flächen als ökologische Vorrangfläche bereitgestellt werden. Diesen Vorschlag hat die SPD aufgenommen und versucht weiterzuentwickeln, um deutlich zu machen, dass auf diesen Flächen die Ökologie tatsächlich Vorrang hat. So haben wir uns beispielsweise dafür engagiert, dass auf diesen Flächen seltene Nutzpflanzen angebaut werden und das ohne den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln.

## **TTIP & CETA**

Wir Sozialdemokraten sehen Chancen und Risiken in dem Abkommen. Der verbesserte Zugang zu den US-Märkten für Dienstleistungen und Öffentliche Beschaffung, die Harmonisierung tech-

nischer Standards, der Schutz geografischer EU-Ursprungskennzeichnungen und die Abschaffung von US-Handelsrestriktionen (v.a. den 'Buy American Act' und den 'Jones Act') können zusätzliche Arbeitsplätze in der EU schaffen. Gleichzeitig stellen die Sozialdemokraten jedoch eine Reihe klarer Forderungen an das Abkommen, die bei der Bewertung des endgültigen Abkommentextes im Rahmen der Ratifizierung durch das Europäische Parlament als Grundlage dienen werden:

- Einen Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS), der es Investoren bei der vermeintlichen Verletzung ihrer Investorenrechte ermöglichen würde, Staaten vor internationalen Schiedsstellen außerhalb nationaler Rechtssysteme direkt auf Schadensersatz zu verklagen, lehnen wir ab.
- Geltende EU-Standards und EU-Gesetzgebung sowie das EU-Vorsorge- und Verursacherprinzip dürfen durch TTIP nicht angetastet werden. Dies gilt insbesondere für Verbraucherschutz-, Lebensmittel-, Umwelt- und Gesundheitsschutzstandards, sowie für Arbeitsbedingungen und den Datenschutz.
- Das Abkommen muss klare und verbindliche Regeln zur Regulierung der Finanzmärkte enthalten.
- TTIP darf keine neu geschaffenen Normungs- oder Regulierungsausschüsse dazu ermächtigen, nach dem Inkrafttreten von TTIP am Gesetzgeber vorbei über zukünftige Regulierung und Standardsetzung zu entscheiden.

### **Naturschutz und Biodiversität**

Wir Sozialdemokraten setzen uns für den Schutz der Biodiversität, der Böden sowie Gewässer und damit für die Erhaltung intakter Ökosysteme in der EU ein. Intakte Ökosysteme bieten den Tieren und Pflanzen einen Lebensraum und garantieren uns Menschen unter anderem sauberes Trinkwasser, gesunde Nahrungsmittel sowie gute Luftqualität.

Wir fordern mehr Engagement beim Schutz der Artenvielfalt in Europa. Uns muss es möglichst schnell gelingen, das Aussterben von immer mehr Tier- und Pflanzenarten in Europa zu verhindern. Denn das Ziel, den Verlust der Artenvielfalt bis 2020 aufzuhalten, darf nicht erneut verfehlt werden. Daher haben wir uns am 20.4.2012 gemeinsam mit einer großen Mehrheit von Abgeordneten im Europaparlament in einer Entschließung für die Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie ausgesprochen.

Wir bedauern, dass das Thema Biodiversität und "Leistungen" der Ökosysteme noch nicht präsent genug in der politischen Debatte ist und von den Konservativen häufig nicht ernst genommen wird. Der Wohlstand und die Lebensqualität in der EU sind nicht zuletzt ihrem Naturkapital zu verdanken. Daher sehen wir den Schutz der Biodiversität als horizontale Aufgabe, die sich durch alle Politikbereiche ziehen sollte und mit einer entsprechenden finanziellen Unterstützung begleitet wird. Die korrekte Umsetzung des bestehenden Rechtsrahmens zur Erhaltung von biologischer Vielfalt (u.a. FFH-Richtlinie und Vogelschutzrichtlinie und Natura-2000) sowie des Blueprints für den Schutz der Europäischen Wasserressourcen und der Wasserrahmenrichtlinie hat für uns eine sehr hohe Priorität im Umweltschutz.

- Um das Naturkapital der EU zu schützen, zu erhalten und zu verbessern, fordern wir Sozialdemokraten insbesondere die Auswirkungen von Luftverschmutzung, Klimawandel und intensiver Landwirtschaft auf die Ökosysteme und die biologische Vielfalt weiter zu verringern.



- Der in der Wasserrahmenrichtlinie definierte gute Gewässerzustand soll erreicht oder gehalten werden, indem die Belastungen von Küstengewässer, Übergangsgewässer und Süßwässern minimiert werden.
- Wir fordern weitere Maßnahmen zur Reduzierung von Stickstoff- und Phosphoremissionen, einschließlich Emissionen aus städtischen und industriellen Abwässern sowie der Düngemittelverwendung, indem der Nährstoffkreislauf nachhaltiger und ressourceneffizienter gestaltet wird.
- Wir setzen uns in der nächsten Legislaturperiode für die Setzung von Zielen für Land und Boden als Ressourcen ein, damit die Flächen in der EU nachhaltiger bewirtschaftet werden und die Böden angemessen geschützt werden. Wir brauchen ein umfassendes europäisches Bodenschutzrecht, um Erosion, Verlust organischer Bodensubstanz, Schadstoffbelastung, Versalzung, und fortschreitende Versiegelung aufzuhalten.
- Ebenfalls ist ein strategischer Ansatz für den Schutz und die Verbesserung von Wäldern nötig, um die Wälder gegen den Klimawandel und Brände widerstandsfähiger zu machen und die von ihnen erbrachten Dienstleistungen zu fördern.  
Viele dieser Forderungen haben wir bereits im 7. Umweltaktionsprogramm erfolgreich eingebracht. Jetzt sind die Mitgliedstaaten in der Pflicht, ihre Hausaufgaben zu erfüllen. Wir Sozialdemokraten werden diesen Prozess weiter kritisch beobachten und die Kommission dazu auffordern die Umsetzung sicherzustellen.

Wir Sozialdemokraten haben uns während der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 intensiv dafür eingesetzt, dass einerseits der Finanzanteil für das LIFE Programm für Umwelt- und Klimapolitik erhöht wird und andererseits ein konsequentes Mainstreaming von Prioritäten der Umwelt- und Klimapolitik in die anderen EU-Fonds stattfindet. Von 2,2 Mrd. EUR im Zeitraum 2007-2013 ist das LIFE-Budget auf 3,46 Milliarden EUR im Zeitraum 2014-2020 gestiegen. Das entspricht nicht unseren Forderungen, ist aber eine leichte Verbesserung – vor allem angesichts der Kürzungen im Gesamtbudget. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass der für Naturschutz und Biodiversität „vorreservierte“ Anteil des LIFE-Budgets erheblich erhöht wurde. Projekte im Klimabereich sollten möglichst auch Naturschutzziele in Betracht ziehen.

Als eine große Chance sehen wir das neue Konzept der Integrierten Projekte. Darüber sollen verschiedene EU-Fonds unter der "Führung" von LIFE zukünftig kooperieren, um große Herausforderungen in den Bereichen Wasser-, Abfall- oder Naturschutzgesetzgebung anzugehen, zum Nutzen von Umwelt und Wirtschaft. Damit kann eine große Hebelwirkung für Natur- und Klimaschutz erreicht werden. Integrierte Projekte verbreitern die Finanzbasis von LIFE und können dazu beitragen, dass bei Investitionsentscheidungen die Wahrung und Vermehrung unseres ökologischen Kapitals angemessen berücksichtigt wird – langfristig und nachhaltig. Die Umsetzung dieser Integrierten Projekte werden wir weiterhin im Austausch mit LIFE-Projekträgern und Regionen unterstützen.

In der nächsten Legislaturperiode steht zwar kein Abschluss des nächsten Rechtsrahmens für LIFE oder des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens an. Es wird allerdings bei den Evaluierungen der Programme und des Haushaltsrahmens die Möglichkeit geben, die Ausgaben unter Nachhaltigkeitskriterien zu überprüfen und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen. Wir werden uns dabei weiterhin am Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Güter“ orientieren. Wir sind überzeugt, dass die langfristigen Ziele des Umweltaktionsprogramms zum Beispiel in den Bereichen Klimawandel, Ressourceneffizienz und biologische Vielfalt einen klaren Rechtsrahmen brauchen, gleichzeitig aber ganz klar durch haushaltspolitische Entscheidungen untermauert werden müssen.